

**Pressemitteilung****Universität Bayreuth****Christian Wißler**

25.04.2012

<http://idw-online.de/de/news474326>Forschungsergebnisse, Wissenschaftliche Publikationen  
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft  
überregional**Neue Studie: Höhere Pro-Kopf-Einkommen fördern die Demokratie**

**Je höher das Pro-Kopf-Einkommen der Bürger, desto ausgeprägter sind die demokratischen Strukturen eines Landes. Diesen Zusammenhang belegt eine neue, in den "Economics Letters" veröffentlichte Studie eines Forscherteams um Prof. Dr. Mario Larch, der an der Universität Bayreuth den Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung innehat. Die Bayreuther Ökonomen haben Daten von 150 Ländern aus allen Kontinenten miteinander verglichen und dabei die Entwicklung von 1950 bis heute berücksichtigt. Das Ergebnis: Höhere Einkommen fördern die Demokratie, niedrigere Einkommen behindern sie.**

Wirtschaftsdaten und politische Daten aus mehr als fünf Jahrzehnten

Hinsichtlich der Wirtschaftsdaten stützt sich die Studie auf die Penn World Tables, die vom Center for International Comparisons an der University of Pennsylvania herausgegeben werden. Diese Statistiken informieren detailliert über das Bruttosozialprodukt, das Nationaleinkommen und die Kaufkraft in vielen Staaten der Erde. Sowohl wohlhabende Industrienationen als auch ärmere Entwicklungsländer werden in die Berechnungen einbezogen.

Was die demokratischen Strukturen betrifft, orientieren sich die Bayreuther Wissenschaftler an zwei Quellen: Freedom House, eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in Washington, berichtet seit den 1970er Jahren jährlich über Demokratie und Freiheit in vielen Staaten der Welt. Das Polity IV Project wiederum, das vom Center for Systemic Peace und dem Center for Global Policy in den USA koordiniert wird, informiert ebenfalls regelmäßig über den Stand der Demokratieentwicklung in der Welt. Es wendet ein Berechnungsverfahren an, das darauf ausgerichtet ist, für die meisten Nationen möglichst präzise den Grad demokratischer und autokratischer Strukturen zu ermitteln.

Wissenschaftlich belegbar:

ein Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen Einkommen und Demokratie

Mit ihrer Forschungsarbeit geben die Bayreuther Wissenschaftler einer aktuellen wissenschaftlichen Kontroverse neue Impulse. Schon seit den späten 1950er Jahren vertritt eine wachsende Zahl von Ökonomen und Politikwissenschaftlern die Auffassung, dass höhere Einkommensniveaus zur Etablierung demokratischer Regierungssysteme beitragen. Diese These wurde jedoch in jüngster Zeit infrage gestellt durch die Annahme, höhere Einkommen und demokratische Strukturen stünden in keinem kausalen Verhältnis zueinander, sie würden vielmehr nur zufällig durch die gleichen historischen Entwicklungen gefördert.

Prof. Dr. Mario Larch und seinen Mitarbeitern ist es jedoch gelungen, diese Position zu entkräften. Dabei haben sie etablierte Berechnungsverfahren – die in der Fachwelt als "GMM" (Generalized Method of Moments) bezeichnet werden – auf die vorliegenden Datenbestände angewendet. "Auf diese Weise konnten wir für die Nachkriegsentwicklung seit 1950 einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang aufzeigen: Höhere Pro-Kopf-Einkommen stärken demokratische Strukturen, niedrigere Pro-Kopf-Einkommen schwächen sie. Dies gilt für die 150 Länder, die wir in unsere Berechnungen einbezogen haben", erklärt Julian Langer, Mitautor der Studie, der an der Universität Bayreuth Philosophy & Economics studiert.

Demokratisierung trotz Armut, autoritäre Strukturen bei steigendem Wohlstand?

Die Bayreuther Autoren ziehen aus ihrer Studie auch Folgerungen für künftige Entwicklungen. "Die Hoffnung ist weitverbreitet, dass der sogenannte 'Arabische Frühling' in eine baldige Demokratisierung mündet. Unsere Untersuchung gibt aber durchaus Anlass zur Skepsis, wenn man berücksichtigt, dass das Einkommensniveau breiter Bevölkerungskreise in den arabischen Ländern ziemlich niedrig ist", meint Mitautor Benedikt Heid und ergänzt: "Es wird auch spannend sein zu beobachten, ob China auf Dauer am autoritären Einparteiensystem festhalten kann, falls der Lebensstandard der Bevölkerung weiter steigt. Wenn unsere Berechnungen zutreffen, könnte sich China wohl langfristig in Richtung eines demokratischeren politischen Systems entwickeln."

Veröffentlichung:

Benedikt Heid, Julian Langer, Mario Larch,  
Income and democracy: Evidence from system GMM estimates,  
In: Economics Letters 116 (2012), pp. 166-169  
DOI: 10.1016/j.econlet.2012.02.009

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Prof. Dr. Mario Larch  
Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung  
Universität Bayreuth  
D-95440 Bayreuth  
Telefon: +49 (0)921 55-6240 und -6241  
E-Mail: [mario.larch@uni-bayreuth.de](mailto:mario.larch@uni-bayreuth.de)



Prof. Dr. Mario Larch, Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Bayreuth und Forschungsprofessor am ifo Institut in München, mit seinen Mitarbeitern Benedikt Heid (li.) und Julian Langer (re.).  
Foto: Chr. Wißler; zur Veröffentlichung frei.